

Causa Chorherr: Heumarktwidmung aufrollen!

Kein Platz für spekulative Interessen in Stadtentwicklung und sozialem Wohnbau

Der Wiener Rechtsanwalt Wolfgang List konfrontierte Christoph Chorherr, Michael Tojner und Wilhelm Hemetsberger im Rahmen einer Pressekonferenz mit juristischen Ausführungen. „An einer Aufrollung der Widmung am Heumarkt führt kein Weg vorbei. Die Causa Chorherr muß in die Entscheidungsfindung mit einfließen“, fordert Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Mag. Johann Gudenus eine eingehende Untersuchung im Rathaus.

„Diese Gemengelage aus Spenden, Entscheidungsträgern und Immobilienprojekten schadet dem Ruf und Ansehen unserer Stadt“, kritisiert Gudenus. „Die Geschehnisse müssen transparent und schonungslos aufgearbeitet werden. Christoph Chorherr sollte die vollständige Liste der Spender schnellstens offenlegen“, fordert Gudenus. Zum Themenkreis Heumarkt würden sich in diesem Zusammenhang gravierende Fragestellungen ergeben. „Wenn man bei den Recherchen rund um Chorherr auf die Namen Michael Tojner und Franz Guggenberger stößt, dann muß es hier klärende Maßnahmen geben. Auf dieser Grundlage kann die Neugestaltung des Heumarkts jedenfalls nicht verwirklicht werden“, regt Gudenus eine umfassenden Aufrollung der Widmung und einen einstweiligen Stopp allenfalls bereits laufender Bauverfahren an.

„Die zentralen Personen am Heumarkt überschneiden sich teilweise mit den Protagonisten des äußerst problematischen Übernahmeversuches der gemeinnützigen WBV-GÖD“, verweist Gudenus auf aktuelle Geschehnisse im Sektor des sozialen Wohnbaus.

„Das Wirken etwa Franz Guggenbergers kann hier zumindest als umstritten bezeichnet werden. Der Revisionsverband kommt diesbezüglich zu eindeutigen Schlüssen hinsichtlich der Rechtsunwirksamkeit zentraler Geschäftsfälle. Wie am Heumarkt, so darf es natürlich auch im Falle von Wohnbaugenossenschaften keinen Platz für möglicherweise spekulative Interessen geben!“ schließt Gudenus.

Wiener Willkommenspolitik wird zum Finanzdesaster!

Bald 2 Milliarden Euro Kosten für Wiens

Steuerzahler

Die Mindestsicherung hat durchaus ihre Berechtigung: Alleinerzieherinnen, Bezieher von Mindestpensionen oder Menschen, die aufgrund von Krankheit oder Schicksalsschläge nicht am Erwerbsleben teilnehmen können - für diese Personen wurde die Mindestsicherung geschaffen. In Wien wird sie aber zunehmend an Zugewanderte vergeben, die zu einem immer größer werdenden Teil noch nie einen Cent in unser Sozialsystem eingezahlt haben. Bereits mehr als die Hälfte der Wiener Mindestsicherungsbezieher sind Ausländer. Durch die Tatsache, daß die rot-grüne Stadtregierung Asylberechtigten - oft ohne ausreichende Kontrolle - die Mindestsicherung quasi in den Rachen wirft, wird die Zahl der Bezieher mit Asylstatus ständig größer. Das ist unfair den Österreichern gegenüber.

Der Rechnungshof hat diese Entwicklung berechnet und kommt zu dem Ergebnis, daß die jährlichen Kosten für die Wiener Mindestsicherung schon in wenigen Jahren über zwei Milliarden Euro betragen werden - Tendenz steigend. Denn das Versprechen, daß es in Wien viel Geld für nichts gibt, hat sich mittlerweile bis Afrika herumgesprochen. Kein Wunder also, daß die Lockwirkung, in Wien Sozialgeld zu beziehen, immens ist und immer mehr Menschen nach Wien strömen, um hier zu kassieren. Fair wäre, wenn nur Österreicher die Mindestsicherung beziehen und Asylberechtigte die Grundversorgung erhalten - sonst wird Wien in wenigen Jahren finanziell ruiniert sein.

**Allen seinen Lesern und Freunden wünscht
der WIENER BEOBACHTER ein frohes Fest
und ein gutes 2018.**

**Wie Sie wissen, sind wir nur und
ausschließlich von den Spenden unserer
Leser abhängig – daher unsere Bitte: Helfen
und unterstützen Sie uns auch im neuen
Jahr.**

Rot-Grün bremst den Aufschwung in Wien!

Bundeshauptstadt ist nicht Motor des Aufschwunges, sondern Bremsklotz.

Keinen Grund zum Jubeln angesichts der aktuellen Arbeitsmarktdaten sieht Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus. Während österreichweit die Arbeitslosigkeit um 4,3 % rückläufig ist, beträgt das Minus in Wien lediglich 1,8 %. „Da hilft es auch nichts, zigtausende Menschen in sündteure und nur allzu oft völlig unnötige Schulungen zu verstecken – die Menschen haben keine Arbeit“, fällt Gudenus auf statistische Beschönigungsversuche nicht herein. Er kritisiert zudem, daß durch die „Aktion 20.000“ versucht werde, Aufschwung zu erfinden. „Die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen und besonders schwierig Vermittelbaren bei Vereinen und NGOs, indem das AMS und damit der Steuerzahler den gesamten Lohn plus die Lohnnebenkosten übernimmt, hat nichts mit ‚Aufschwung‘ zu tun; diese Jobs existieren nur, weil die Allgemeinheit dafür bezahlt“, stellt Gudenus richtig. Besorgniserregend sei zudem, daß die Anzahl der offenen Stellen innerhalb eines Jahres um 35 % gestiegen sei. Das sei einerseits das Resultat einer in Wien viel zu hohen Mindestsicherung, die nicht ausreichend zur Arbeitssuche motiviere, andererseits würden Arbeitgeber aufgrund des sinkenden Niveaus an Wiens Schulen immer weniger geeignetes Personal finden. „Schlecht ausgebildeten Schulabsolventen einen Abschluß zu schenken und sie mit der Mindestsicherung zu versorgen, reicht nicht“, analysiert Gudenus. Sämtliche Bemühungen, Verbesserungen am Arbeitsmarkt mit Milliardenaufwand zu erkaufen, müssen als gescheitert angesehen werden, wenn für jeden aufwendig geschaffenen Arbeitsplatz ein neuer Arbeitsloser aus dem Ausland durch die hohe Mindestsicherung angelockt werde. „Daß fast 30.000 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte durch das AMS versorgt werden, beweist, daß sich die rotgrüne Willkommenspolitik für den Wiener Arbeitsmarkt und damit für die Steuerzahler als Faß ohne Boden erweist“, so Gudenus abschließend.

Eine Mauer um den Ballhausplatz

Bei uns Tagesgespräch – euch hoffentlich auch bekannt geworden: Der neueste Schildbürgerstreich unserer politischen Größen. Dazu muß man sagen: Der Ballhausplatz, Sitz der Bundesregierung und die Hofburg, Sitz des Bundespräsidenten, liegen sich gegenüber, in unmittelbarer Nähe des Heldenplatzes. Dort marschierten vor Wochen Bautrupps auf, gruben Gräben und begannen eine Mauer zu errichten, rund um den Ballhausplatz, zum Schutz gegen Terrorismus! Bisherige Kosten: Rund zwei Millionen Euro. Bisher deshalb, weil nach einem Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung der Bau gestoppt wurde.

Wie lange, weiß kein Mensch, jedenfalls gibt es jetzt eine gewaltige Baustelle, die nicht weiter gebaut wird. Vermutlich wird man erst nach den nächsten Wahlen erfahren, wie das weitergehen soll. Aber die Rosine dabei das Unglaubliche und vermutlich auf der ganzen Welt Unmögliche ist: Niemand wußte von diesem Bauvorhaben und der Herr Bundeskanzler, der Herr Bundespräsident sowie der zuständige Minister erklärten doch glatt, erst aus der Zeitung davon erfahren zu haben! Von einer Baustelle vor ihrer Haustür!

Nun suchte man nach den Auftraggebern für dieses Unternehmen! Man suchte und suchte und fand eine Sektionsrätin oder etwas Ähnliches, die den Bauauftrag unterschrieben hat. Was sagte die gute Frau? Im Augenblick nichts. Sie befindet sich im Krankenstand. Da ist euer unvollendeter Flughafen in Berlin gar nichts, da weiß man wenigstens, wer die Milliarden in den Sand gesetzt hat. Bei uns fragt nicht einmal die Staatsspitze danach, wenn sie eine Baustelle vor dem Eingang vorfinden.

Diesmal sind Pfeffer und Rosinen bis in eure Fernsehnachrichten gedrungen. Und manchmal in die gleichen Nachrichtensendungen, in denen auch von einem neuen Massenmord in den USA berichtet wird und von den Kämpfen der Katalanen um einen eigenen Staat – wieder ein neuer im Vereinten Europa. Sollten Sie es überhört haben – in Kürze: Also, wir hatten Wahlkampf und Nationalratswahlen. Und die SPÖ – mit Bundeskanzler Kern – wollte gerne weiterregieren. Wer will das von den Systemparteien nicht? Schließlich ist das ein lukratives Geschäft. und so leistete sich die Partei auch eine Spitzenkraft namens Tal Silberstein. Der war vorher schon auch bei den Schwarzen engagiert und auch bei den liberalen NEOS. Aber im wesentlichen für die Roten.

Aber plötzlich wurde der Mann in seinem Heimatstaat Israel verhaftet – nicht wegen seiner Wahlkampfaktivitäten, sondern wegen Geldwäsche und ähnlicher Vorwürfe. An sich keine große Überraschung; zwar etwas peinlich für die SPÖ, aber wer sich mit Hunden ins Bett legt, wird oft mit Flöhen wach, wie das alte Sprichwort sagt. Wirklich interessant wurde bzw. wird es erst nachher. Nach der Verhaftung distanzierte sich die Partei logischerweise von ihrem Wunderwuzi – aber dessen Team arbeitete weiter und verfaßte weiter Lügen-Fakes im Internet, mit acht Mitarbeitern und einem Budget von 500.000 EUR (in Worten. fünfhunderttausend).

Darunter auch „rassistische“ und „antisemitische“ – und wem glauben Sie, wollte man die in die Schuhe schieben? Jedenfalls – der Skandal ist groß und der Herr Bundeskanzler weiß nichts, aber schon gar nichts davon. Und überhaupt niemand weiß – bis dato – von wem die 500.000 EUR gekommen sind! Der Spender ist unauffindbar. Bis jetzt.

Wenn Sie Facebook-Messenger verwenden, werden ihre Gespräche aufgenommen, auch wenn Sie nicht am Telefon sind:

So werden wir abgehört

Wenn Sie den Facebook-Messenger auf Ihrem Mobiltelefon installiert haben, löschen Sie die App. Dann laden Sie die Anwendung erneut herunter und lesen sich die Bedingungen der Vereinbarung durch. Das ist der reine Wahnsinn.

Die meisten Leute wissen es nicht, aber selbst wenn Ihr Telefon ausgeschaltet ist, hören andere womöglich mit. Manchmal lohnt es sich, die Angaben zu lesen! Die App Facebook-Messenger arbeitet direkt mit dem Mikrofon Ihres Telefons, also macht es keinen Unterschied, ob das Programm gerade benutzt wird oder nicht. Auf diese Weise ähnelt es sehr dem, was Regierungen seit Jahren tun, vor allem die US-Regierung. Der einzige Weg, sie zu stoppen, ist, die Batterie zu entfernen. Allerdings ist Ihnen schon aufgefallen, daß Sie das bei den meisten Handys heutzutage nicht mehr machen können?

Mobiltelefonbenutzer, die versuchen, die Facebook Messenger App zu installieren, werden gebeten, den Nutzungsbedingungen zuzustimmen, die es Facebook erlauben, das Mikrofon Ihres Gerätes zu benutzen, um jederzeit und ohne ihre Erlaubnis Tonaufzeichnungen vorzunehmen.

Die Bedingungen autorisieren Facebook fernerhin, Videos und Bilder mit der Kamera ihres Telefons jederzeit ohne Erlaubnis zu machen, sowie direkt Telefonnummern anzurufen, ebenfalls ohne Erlaubnis, was zu Gebühren für Sie führen könnte.

Aber das ist noch nicht alles! Facebook kann auch „das Anrufprotokoll Ihres Telefons lesen“ und „Daten über die auf Ihrem Telefon gespeicherten Kontakte lesen, einschließlich der Häufigkeit, mit der Sie wen angerufen haben, bzw. per E-Mail oder auf andere Weise mit bestimmten Personen kommuniziert haben.“ Obwohl die meisten Apps auf Android- und Apple-Geräten ähnliche Bedingungen wie die oben dargestellten enthalten, handelt es sich gewiss hier um dasjenige Mandat, welches am weitreichendsten die Privatsphäre zerschlägt.

Da die überwiegende Mehrheit der Leute diesen Bedingungen zustimmen ohne sie überhaupt durchgelesen zu haben, sind die Mobiltelefonbenutzer im Endeffekt damit einverstanden, daß sie Facebook eine 24/7-Überwachung bewilligen, eine Art von Abhörmöglichkeit, die sogar die nationalen Sicherheitsdienste eifersüchtig machen dürfte. Andere App-Unternehmen verlangen ebenfalls, ihnen zu erlauben, Ihren Standort zu erfassen, SMS-Nachrichten von Ihrem Telefon zu versenden, Ihre Kontakte, Ihren Telefonstatus und Ihre Identität zu lesen, „vollen Netzzugang“ zu Ihrer Kommunikation zu erhalten (mit anderen Worten, Ihre Telefongespräche mitzuhören), den Inhalt Ihres USB-Speichers zu ändern oder löschen, und Ihre Bildschirm Sperre zu deaktivieren (den 4-stelligen Code, der Ihr Telefon schützt).

Mikrofone, welche in alles integriert sein können, von Xbox Kinect Konsolen bis beispielsweise hin zu High-Tech-Straßenlaternen, und private Gespräche in Echtzeit aufzeichnen können, stellen den letzten Nagel am Sarg der Privatsphäre dar, während die technischen Möglichkeiten des Internets sich in alle Bereiche unseres täglichen Lebens hinein auswirken.

Sanktionen gegen Österreich nicht ausgeschlossen

„Im Gegensatz zur Regierung des Jahres 2000 wird es diesmal keine Sanktionen aus Europa geben. In den vergangenen Jahren hat sich die FPÖ einer Reinigung unterzogen.“ So oder ähnlich lauten derzeit die Analysen in internationalen Medien zur Angelobung der türkis-blauen Regierung unter Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache. Die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament glaubt offenbar nicht an diesen „Reinigungsprozess“ und kann sich sehr wohl wieder Sanktionen gegen die österreichische Regierung vorstellen.

Man sei „zutiefst besorgt“, stellte Fraktionschef Gianni Pittella fest. Seine Fraktion im EU-Parlament werde „jeden einzelnen Schritt“ der österreichischen Regierung beobachten, der „unsere Werte und europäische Prinzipien“ gefährden könnte. Auch Sanktionen oder Vertragsverletzungsverfahren seien nicht auszuschließen, sollten die „EU-Schlüsselwerte“ bedroht werden. „Die Bildung der neuen Regierung in Wien könnte sehr gefährliche Folgen haben. Es ist ein Sprung ins Ungewisse, das uns in die dunkelsten Phasen unserer Geschichte zurückversetzen könnte“, so Pittella.

EU-Kommissar: „Extreme Rechte sind niemals harmlos“

Der französische EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici hatte am Sonntag auf Twitter mit Blick auf europäische Werte zur „Wachsamkeit der Demokraten“ aufgerufen. Zwar sei die Lage „wahrscheinlich anders“ als im Jahr 2000, als die ÖVP mit der FPÖ unter ihrem damaligen Vorsitzenden Jörg Haider schon einmal eine Koalition gebildet hatte, „extreme Rechte an der Macht“ seien aber „niemals harmlos“.

Im Gefängnis plötzlich „Flugangst“ bekommen: Abschiebung einfach ausgesetzt

Wenn es darum geht, Abschiebungen oder Auslieferungen illegaler Migranten zu verhindern, werden viele der ungebetenen Gäste und deren Anwälte immer kreativer. Die Palette reicht vom angeblichen „Mörder“, dem ja daheim die Todesstrafe droht, bis hin zum Vergewaltiger, der dann ausgerechnet in den „Weltsozialämtern“ Deutschland oder Österreich vor rachesüchtigen Verwandten „Schutz suchen“ darf.

Nicht einmal innerhalb der EU dürfen neuerdings *Kriminelle in gewisse Länder abgeschoben* werden, da die Gefängnisse dort für Straftäter laut Europäischem Gerichtshof (EuGH) nicht komfortabel genug seien. Auch einen Herrn aus Somalia haben wir als ersten „Klimaflüchtling“ bereits bei uns, da ihm aufgrund des Klimas in seiner Heimat eine Rückkehr dorthin nicht zumutbar ist.

Abschiebung von Mörder vorübergehend ausgesetzt

Nun wurde die Palette solcher Verhinderungsgründe um eine Facette reicher. Die „Flugangst“ eines mutmaßlichen sechsfachen Mörders verhinderte vorläufig eine rasche Auslieferung. Wie der *Kurier* berichtet, hat das Landesgericht Wien daraufhin ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Transportfähigkeit des Mordverdächtigen klären sollte – und laut diesem Gutachten ist der Mann aus psychiatrischer Sicht transportfähig.

Das heißt aber noch lange nicht, daß wir diesen Bereicherer rasch loswerden, obwohl das Oberlandesgericht entschieden hat, daß eine Auslieferung an Russland zulässig ist. Seine Anwälte stellten nämlich beim Obersten Gerichtshof einen „Erneuerungsantrag“ – und der hat aufschiebende Wirkung.

„Flugangst“ bald massenhaft Grund für verweigerte Abschiebungen?

Ohne näher auf die Taten des mutmaßlichen Chefs einer Mafia-ähnlichen Gruppierung einzugehen – er bestreitet natürlich vehement seine Schuld – ist der Fall für uns insofern relevant, da „Flugangst“ in Zukunft bei Abzuschiebenden in Gefängnissen und Anhaltezentren in geradezu epidemischen Ausmaßen ausbrechen könnte.

Wie im Fall des Aslan G. trat diese Phobie ja erst in der Haft auf, was erklärt, daß der Betroffene zuvor sicher oft genug ohne Angstzustände geflogen sein könnte. Andererseits stünden die Chancen auf Heilung für unter dieser Phobie Leidende besonders gut. Spätestens unmittelbar bevor die Herrschaften mit neuer Identität bei uns wieder per Flugzeug einreisen wollen, werden rasante Wunderheilungen stattfinden, von denen sich selbst die Gottesmutter in Lourdes noch einiges anschauen könnte.

*Wenn in der schwersten der Zeiten,
unter dem Terror des Frosts
und der Stürme voll Schnee,
selbst die zarten Körper der Zeisige
überleben,*

*wenn in der dunkelsten der Nächte
die Rehe noch immer den Weg
zu den geheimen Quellen des Lebens
finden,*

*wenn durch die härtesten Krusten der Erde
die weichsten Triebe
der Blumen nach oben streben,
ist da nicht auch Hoffnung
für uns?*

Konrad Windisch

Lesen Sie auch **KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 263 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *